

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 58 (1971)
Heft: 3

Artikel: Das Bildungswesen in Schweden
Autor: Salzer, E. Michael
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-528107>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Dovifat E., Zeitungslehre (Berlin⁵ 1967).
Handbuch der Publizistik. Herausgegeben von
Dovifat E. (Berlin 1968—1969).
Hosse W./Rohrer H., Informationshilfe für Lehrer.
Illustrierte Zeitschriften im Auflagenvergleich (Mai
1969): Schweizerische Lehrerzeitung 114 (1969)
42, 1297.
Ipfling H.-J., Jugend und Illustrierte (Osnabrück
1965).

Kommunikation, Bd. 3 der Reihe Forschung und
Information. Herausgegeben von Haseloff O. W.
(Berlin 1969).
Streicher S., Wesen, Wert und Grenzen der Zeit-
schrift: Schweizer Rundschau 44 (1944) 1, 4—16.
Walter H.-A., Die Illustrierten: Frankfurter Hefte
20 (1965) 3, 155—162; 4, 269—275; 5, 336—344.
Zöller J. O. (Herausgeber), Massenmedien, die
geheimen Führer (Augsburg 1965).

Das Bildungswesen in Schweden

E. Michael Salzer

Reform der Reformen

«Veränderung im Brennpunkt» war das Motto der
schwedischen Schulpolitik der letzten Jahrzehnte.
Und mit «Veränderungen» meint man hier nicht
etwa einen veränderten Lehrplan, eine neue Lehr-
methode oder ein neuartiges Konzept der Schul-
gebäudearchitektur, sondern eine weitgehende
Erneuerung des Ausbildungssystems überhaupt
und, ungeachtet der hohen Kosten, eine radikale
Reform der Unterrichtsmethoden.

Schweden wendet in diesem Jahr 8600 Millionen
Kronen (DM 6100 Millionen), 6,5 % des BNP, für
das Unterrichtswesen auf. Das sind rund 1000 Kro-
nen (DM 715) per Einwohner und ungefähr 6100
Kronen (DM 4300) per Schüler, nahezu viermal
so viel wie im Jahre 1960. Ein großer Teil dieser
Beträge wird gegenwärtig in zwei radikale Schul-
reformen investiert.

Schwedische Pädagogen haben konsequent an
der Philosophie der Einheitsschule festgehalten.
Heute stehen sie den Auswirkungen der ersten
Welle der Massenausbildung im Kielwasser ihrer
zahlreichen und kontroversen Reformen gegen-
über.

Nach einer sehr lebhaften öffentlichen De-
batte über die verschiedenen Unterrichts-
systeme und auch über Unternehmerdemo-
kratie und Mitbestimmungsrecht und auf
der Grundlage langer und intensiver For-
schung und vieler Experimente hat sich das
schwedische Parlament neuerlich wieder für
die «wahlfreie Schule» entschieden, die eine
Auswahl von verschiedenen Studienlinien
bietet.

Dieses System gestattet dem Schüler, seine
Studien schon frühzeitig aufgrund seiner
Begabung und seiner Interessen zu konzen-
trieren, es ist aber auch genügend flexibel,

um ihn nicht auf einen intellektuellen oder
manuellen Beruf festzulegen, nur weil er
eben in der Schule eine bestimmte Wahl ge-
troffen hat. Auch eine verfehlte Wahl muß
nicht unwiderruflich sein.

Die schwedische 9jährige *Grundschule* (mit
950 000 Schülern von 7 bis 16 Jahren in die-
sem Schuljahr) hat im letzten Herbst einen
neuen Lehrplan bekommen. Diese Pflicht-
schule wurde im Jahre 1946 entworfen, seit
1949 erprobt und entwickelt und schließlich
1962 eingeführt.

Unter dem Motto «Der Schüler im Zentrum»
wurde die Individualisierung des Unterrichts
erheblich erweitert. Besonders betont wird
die Teilnahme und Mitverantwortung des
Schülers an der Planung der Schularbeit.
Den Schülern wird künftig auch mehr Gele-
genheit zur unabhängigen Arbeit und zur
Eigenplanung der Unterrichts- und Arbeits-
methoden geboten. In der 9. Klasse erhalten
sie mindestens zwei Wochen Praktische Be-
rufskunde (PRYO), d. h. Praktikum an einem
Arbeitsplatz. Damit können sie sich mit den
Arbeitsmöglichkeiten in etwa 90 Berufszwei-
gen und den Forderungen und dem Klima
auf dem Arbeitsmarkt vertraut machen.

Den Veränderungen in der Grundschule ist
auch eine andere wesentliche Schulreform
angegliedert. Aufgrund eines kürzlich erfolg-
ten Parlamentsbeschlusses werden nämlich
die drei verschiedenen und bisher auch se-
paraten Oberschulen organisatorisch unter
ein Dach gebracht. Das neue integrierte
Gymnasiale Schulsystem (mit gegenwärtig
215 000 Schülern) wird ab 1. Juli 1971 das
bisherige Gymnasium, die Fachschule und
die Berufsschule ersetzen.

Die Integration dieser drei Schulreformen, jede mit eigener Organisation, eigener Aufgabe und eigenem Status, paßt offenbar ganz in den Rahmen des Einheitsschulsystems und soll dazu beitragen, die «Prestigekluft» zwischen dem vor-akademischen Gymnasium und den berufsorientierten Schulen und auch die noch immer bestehende Kluft zwischen Bücherweisheit und Alltagswirklichkeit zu überbrücken.

Diese «Reform früherer Reformen» stimmt aber auch mit dem schwedischen Prinzip der kontinuierlichen oder «rollenden» Überarbeitung und Verbesserung des Unterrichtssystems überein. Ähnlich wie bei einem Fabriksbau, wenn der Betrieb ununterbrochen aufrecht erhalten werden muß.

«Ganz wie man in der Automobilindustrie gleich an einem neuen Modell zu arbeiten beginnt, wenn das letzte lanciert wurde, so müssen wir immer wieder neue Schulmodelle entwickeln, um den künftigen Forderungen im Rahmen der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung gerecht werden zu können», erklärt Generaldirektor Jonas Öring, Chef der Generaldirektion für das Schulwesen, einer der Architekten des neuen Schulsystems. «Wir müssen diese Reform aus der richtigen Perspektive sehen: Vor 30 Jahren arbeitete jeder dritte Schwede in der Landwirtschaft, heute knapp einer von vierzehn. Die soziale Struktur der neuen Industriegesellschaft erfordert eben einen neuen Schultyp».

Auf dem Wege zur Zweisprachigkeit

Mit der Einführung von Englisch als Pflichtfach in der 3. Klasse der Unterstufe der Grundschule (bisher 4. Klasse) und als obligatorisches Fach in allen Oberstufenklassen (7 bis 9) (früher nur bis einschließlich der 7. Klasse, danach als Wahlfach), hat Schweden einen weiteren Schritt zur Schaffung einer «zweisprachigen Gesellschaft» unternommen. (In Versuchsschulen wird Englisch jetzt auch schon in der 1. Klasse, gleichzeitig mit der Muttersprache, unterrichtet.)

Deutsch und Französisch sind in der Oberstufe Wahlfächer neben Wirtschaftslehre, Technik und Kunst. Sämtliche Wahlfächer berechtigen gleichermaßen zur Fortsetzung der Studien in Gymnasien.

Im Fach Schwedisch wird der Unterricht in

dramatischer Darstellung und in Film- und Fernsehkunde akzentuiert und mehr kulturelle Information geboten, um das spontane mündliche und schriftliche Ausdrucksvermögen der Schüler zu stimulieren.

Musik und Handfertigungsunterricht werden Pflichtfächer in allen Oberstufenklassen, und Jungen und Mädchen arbeiten gemeinsam in Holz- und Metallwerkstätten und auch mit Textilgestaltung.

Gemeinsam für Knaben und Mädchen sind auch das Kochen, Kuchenbacken, Tellerwaschen, die Haushaltsarbeit und Kinderpflege im obligatorischen Fach Hauswirtschaftslehre in den Klassen 8 und 9.

«Dieser gemeinsame praktische Unterricht in ‚Familienkunde‘ kann sicherlich dazu beitragen, um traditionelle Vorurteile zu überwinden», meint Kerstin Myrehed, Konsulentin für Hauswirtschaftslehre bei der Generaldirektion für das Schulwesen. «Auf diese Weise lernen die jungen Leute auch gesündere Kostgewohnheiten, Haushaltsökonomie, Hygiene und die Funktion der Familie überhaupt. Alle diese Aspekte werden überdies auch in verschiedenen anderen Fächern behandelt, etwa in Staatsbürgerkunde und Biologie, sogar im Turnunterricht, wo z. B. Arbeitsmomente der Küche und Hausarbeit bei Übungen im Gewichtheben erklärt werden.»

Lehrbücher und Unterrichtsmethoden wurden hinsichtlich der Rollenverteilung in der Familie und im Arbeitsleben überarbeitet, um Geschlechtsdiskriminierung und die sogenannte «Doppelmoral» schon frühzeitig zu bekämpfen. Gewisse Unterrichtsthemen wie Sexualkunde und Fragen des Zusammenlebens, Information bezüglich Alkohol, Narkotika und Tabak sowie Umweltschutzfragen, Verkehrsregeln und internationale Problemkomplexe werden nunmehr in verschiedenen Fächern aufgegriffen und aus allen Gesichtswinkeln behandelt.

Sogenannte «Orientierungsfächer» wie Religionslehre, Geschichte, Staatsbürgerkunde, Geographie, Heimatkunde, Biologie, Physik und Chemie wurden weitgehend koordiniert. Der Unterricht erfolgt einzeln oder gruppenweise und berührt oft verschiedene Aspekte von zwei oder mehreren Themen.

Lokale Schulverwaltungen haben erweiterte Befugnisse erhalten. Sie können z. B. im Rahmen des geschmeidigen und anpaßba-

ren Lehrplanes Sprachunterricht (von zwei Wochenstunden) für Kinder von Einwanderern oder Fremdarbeitern einführen, die etwa Finnisch als Muttersprache haben.

Freiwillige Schule für alle

Die wahlfreien Alternativen der Grundschule qualifizieren künftig gleichermaßen (aufgrund durchschnittlicher Noten in der 9. Klasse) für alle der etwa 20 Linien in der neuen Gymnasialschule. Diese umfaßt bereits mehr als 90 % aller 16jährigen Schweden und soll sich allmählich zu einer freiwilligen Schule für alle entwickeln, die weitere Ausbildung erstreben. Sie ist somit auch für jene offen, die nach einigen Jahren im Arbeitsleben ihre Ausbildung fortsetzen wollen.

Die Gymnasialschule bietet 3-Jahreskurse in humanistischen Fächern, in Wirtschaftslehre, Naturwissenschaften, Staatsbürgerkunde und Technologie, 2-Jahreskurse im Baufach, in der Automechanik, Textil- und Konfektionswirtschaft, Krankenpflege, Landwirtschaft, Sozialwissenschaft usw., und auch Spezialkurse für künftige Uhrmacher, Optiker, Gold- und Silberschmiede, Förster und Musiker.

Drastische Veränderungen der Unterrichtsmethoden in den Berufsschulen im neuen Gymnasialschulsystem sollen den Schülern eine breitere allgemeine Bildung sichern und eingehende Kenntnisse der Aspekte der Volkswirtschaft, der Gewerkschaftsarbeit, der Betriebsdemokratie, der Arbeitssicherheit, des Arbeitsmilieus und der Arbeitsmarktprobleme usw. vermitteln. Die Schüler sollen damit auch zum bewußten Studium und zur Analyse der sozialen, technischen und wirtschaftlichen Fragen auf dem Arbeitsplatz angeregt werden.

Schwedisch, Staatsbürgerkunde und Turnunterricht sind Pflichtfächer. Der neue Berufsschulunterricht ist auf dem Blockprinzip aufgebaut. Der Unterricht in einander ähnlichen Berufszweigen wird in sogenannten «Berufsfamilien» konzentriert. Allmählich wird dann der grundlegende Unterricht entsprechend differenziert und schließlich auf bestimmte Linien spezialisiert.

Schüler können nach Semesterschluß von einer Linie auf eine andere überwechseln, indem sie bis zu zwölf Wochenstunden austauschen.

«Alle Partner auf dem Arbeitsmarkt haben an der Planung der neuen Schule aktiv mitgewirkt und sind bezüglich der fundamentalen Eigenschaften der wichtigsten Aspekte durchaus einig», stellt Margareta Dahlgren in der Ausbildungsabteilung im Zentralverband Schwedischer Arbeitgeber (SAF) fest. «Die Integrationspolitik der neuen Gymnasialschule dürfte dazu beitragen, um die Spannung zwischen den drei gegenwärtig getrennten Schulformen zu vermindern. Der nächste wichtige Schritt soll dann auch den aus den fachlich betonten Berufsschulen kommenden Schülern die Möglichkeiten zur höheren Ausbildung erschließen.»

Eltern würdigen die «neue Schule»

85 % der schwedischen Eltern billigen die «neue Schule», die sie als «besser als unsere es war» bezeichnen, wie es eine Meinungsumfrage unlängst ergab. Sie würdigen die neuartigen Unterrichtsmethoden, den zeitigeren Fremdsprachenunterricht in der Unterstufe und die fortschreitende Schuldemokratie (76 %). Viele kritisieren aber auch die verschlechterte Klassendisziplin (97 % wollen, daß ihre Kinder «still und ruhig in der Klasse sitzen»). Etwa zwei Drittel betrachten die periodischen Reformen als «hinreichend».

Viele Eltern sind über den «anscheinenden Rückzug der Kenntnisse und Fähigkeiten der Schüler und über die zunehmende Schwänzei und das frühere Ausscheiden vieler Schüler» beunruhigt.

Obwohl Schwedens 90 000 Lehrer weitgehend an der Planung der neuen Unterrichtsmethoden beteiligt waren, fühlen viele von ihnen einen *krassen Widerspruch zwischen den Idealen der Schulreform und der harten alltäglichen Wirklichkeit*.

«Die meisten Lehrer sind den Reformen gegenüber durchaus positiv eingestellt, sie wollen aber auch verbesserte Arbeitsbedingungen, tiefergehende Erforschung der Konsequenzen des neuen Lehrplans, geeignete Klassenzimmer für den Gruppenunterricht und für individuelle Arbeit, mehr und bessere Lehrmittel, kleinere Klassen, mehr Schulpsychologen, -fürsorger und -ärzte», wie Harry Osbornsson vom Reichsverband Schwedischer Lehrer (mit 24 000 Mitgliedern) feststellt. «Viele der Probleme im Zuge

der drastischen Reformen können auf Mangel an finanziellen Mitteln zurückgeführt werden. Viele lokale Gemeinden können oder wollen nicht genügend Kapital zur Verwirklichung der ambitionierten Blaupausen der neuen Schule beisteuern. Darum wird es noch eine Zeitlang währen, ehe Lehrer und Schüler sich dem neuen Rhythmus anpassen werden. Viele von ihnen sind *heute ziemlich verwirrt.*»

Ähnliche Forderungen und Kommentare hört man auch von Mitgliedern des Schwedischen Lehrerverbandes (mit 47 000 Mitgliedern), dessen Sekretärin Karin Johansson feststellt: «Die Mehrheit des Lehrerkorps stimmt mit den neuen Zielen und Absichten durchaus überein, meint aber: Gebt uns bessere Mittel und wir werden bessere Ergebnisse erzielen!»

«Wir unterschätzen diese Probleme keineswegs und versuchen die Nebenwirkungen der Reformen zu meistern, indem wir z. B. einen flexibleren Lehrplan bieten, mehr und besser koordinierten Sonderunterricht für Schüler mit individuellen Schwierigkeiten, indem wir mehr Psychologen und Fürsorger einsetzen und eine erweiterte Lehrerausbildung vorbereiten», erklärt Maj Bosson-Nordbö, Leiterin der Abteilung für allgemeine Ausbildungsfragen in der Generaldirektion für das Schulwesen. «Wir haben ganz bewußt versucht, die Bestrebungen zur erweiterten Gleichheit zu stützen, indem wir gleiche Ausbildungsmöglichkeiten für alle schaffen. Die Schule soll darum aber nicht «alle gleich machen». Ganz im Gegenteil, Individualisierung ist ja der Leitstern der neuen schwedischen Schule, die Initiative, Motivierung zum Studium, aktive Mitarbeit und Teamarbeit von Schülern und Lehrern stimulieren soll».

Manche Beobachter sind der Meinung, daß derart durchgreifende Reformen die Schule allmählich zu einer mächtigen Waffe zur Schaffung einer «Gleichheitsgesellschaft» werden lassen und vielleicht mehr dazu geeignet sein mögen, bestimmte Attituden zu begünstigen, als Kenntnisse zu vermitteln. Zur oft gestellten Frage «Was steht eigentlich hinter diesen Reformen — Pädagogik oder Politik?», antwortet Professor Torsten Husén ganz spontan und offenmütig: «Politik natürlich!» Er ist Leiter des Pädagogi-

schen Forschungsinstituts und gilt als einer der Wegbereiter dieser zahlreichen Veränderungen der schwedischen Schulformen in den letzten Jahrzehnten. «Ich bin mehr denn je davon überzeugt», meint er, «daß gleich allen sozialen Reformen auch die Schulreform schließlich auf politischen Bewertungen beruht, wie sie in einer demokratischen Gesellschaft im Parlament zum Ausdruck kommen. Sozialarbeiter bestimmen nicht die den sozialen Reformen zugrundeliegenden Prinzipien, noch beschließen Wehrmachtsoffiziere die nationale Verteidigungspolitik des Landes. Die Schule ist keine Ausnahme von dieser Regel, daß das Volk die auf demokratischem Wege zustande gekommenen Beschlüsse akzeptieren muß.»

Professor Husén hat viele Jahre lang an der Lehrerausbildung mitgearbeitet und ist sich der verschärften Probleme für viele Lehrer in dem neuen dynamischen Schulsystem von heute wohl bewußt, aber hinsichtlich des schließlichen Resultates der integrierten Schule Schwedens, die in aller Welt so großes Interesse erweckt hat, durchaus optimistisch.

Jahrzehnt der Konsolidierung

«Schweden hat die neue, integrierte Schule schon in den Vierzigerjahren geplant und hat darum gegenüber anderen westeuropäischen Ländern einen gewissen Vorsprung», erklärt er. «Die experimentellen Fünfzigerjahre haben die Matrize für die strukturellen Reformen der Sechzigerjahre geschaffen. Die Siebzigerjahre versprechen das Jahrzehnt der Konsolidierung der Forschungsergebnisse und der praktischen Erfahrungen zu werden. Man wird aber auch die geeigneten Arbeitsmethoden entwickeln müssen, um die besten Wege zur praktischen Anwendung der revolutionären Veränderungen zu finden.»

Professor Husén sieht jedoch auch viele neue Probleme voraus: «Wir haben noch einen weiten Weg vor uns, beispielsweise wenn es gilt, die Gleichberechtigung der Geschlechter zu verwirklichen oder auch die erstrebte engere Zusammenarbeit von Schule und Heim, die Eingliederung der Einwanderer, der körperlich oder geistig Behinderter und anderer Minderheiten. Die nächsten Phasen der Entwicklung fordern zudem wei-

tere Erforschung der Vorschulprobleme ebenso wie der Erwachsenenbildung und natürlich auch die der neuen technischen Lehrmittel. Ich glaube aber, daß wir die

schwersten Hürden bereits hinter uns haben und auf dem rechten Pfad sind.»

(Informationsdienst des kgl. Ministeriums des Äußeren)

Umschau

Was bringt das Konkordat über die Schulkoordination?

Auf vielfachen Wunsch hin fassen wir hier nochmals die wichtigsten Punkte des von der Erziehungsdirektorenkonferenz verabschiedeten Konkordatstextes zusammen und geben gleichzeitig der Freude darüber Ausdruck, daß bereits mehrere Kantone ihren Beitritt zum Konkordat erklärt haben oder in nächster Zeit erklären werden.

Zweck, Verpflichtungen und Empfehlungen werden wie folgt festgelegt:

Die Konkordatskantone bilden eine interkantonale öffentlich-rechtliche Einrichtung zur Förderung des Schulwesens und zur Harmonisierung des entsprechenden kantonalen Rechts.

Die Konkordatskantone verpflichten sich, ihre Schulgesetzgebung in den folgenden Punkten anzugleichen:

- a) Das Schuleintrittsalter wird auf das vollendete 6. Altersjahr festgelegt. Stichtag ist der 30. Juni. Abweichungen im kantonalen Recht bis zu vier Monaten vor oder nach diesem Datum sind zulässig.
- b) Die Schulpflicht für Knaben und Mädchen dauert bei mindestens 38 Schulwochen mindestens 9 Jahre.
- c) Die ordentliche Ausbildungszeit vom Eintritt in die Schulpflicht bis zur Maturitätsprüfung dauert mindestens 12, höchstens 13 Jahre.
- d) Das Schuljahr beginnt zwischen Mitte August und Mitte Oktober.

Die Konkordatskantone arbeiten zuhanden aller Kantone Empfehlungen aus, insbesondere für folgende Bereiche:

- a) Rahmenlehrpläne;
- b) gemeinsame Lehrmittel;
- c) Sicherstellung des freien Übertritts zwischen gleichwertigen Schulen;
- d) Übertritt in die aufgliederten Oberstufen;
- e) Anerkennung von Examensabschlüssen und Diplomen, die in gleichwertigen Ausbildungsgängen erworben wurden;
- f) einheitliche Bezeichnung der gleichen Schulstufen und gleichen Schultypen;
- g) gleichwertige Lehrerbildung.

Die Konferenz schweizerischer Lehrerorganisatio-

nen ist bei der Ausarbeitung dieser Empfehlungen anzuhören.

Zusammenarbeit und Fristen

Die Konkordatskantone arbeiten im Bereich der Bildungsplanung und -forschung sowie der Schulstatistik unter sich und mit dem Bund zusammen. Zu diesem Zweck werden:

a) für diese Zusammenarbeit notwendige Institutionen gefördert und unterstützt;

b) Richtlinien für jährliche oder periodische schweizerische Schulstatistiken ausgearbeitet.

Die Konkordatskantone beauftragen die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren mit der Durchführung der festgelegten Aufgaben.

Kompetenzen, Arbeitsweise und Kostentragung werden in einem Geschäftsreglement niedergelegt.

Nicht-Konkordatskantone haben in Konkordatsgeschäften beratende Stimme.

Zur Erleichterung und Förderung der Zusammenarbeit schließen sich die Kantone zu vier Regionalkonferenzen zusammen (Suisse romande, Nordwestschweiz, Innerschweiz, Ostschweiz). Über den Beitritt zu einer Regionalkonferenz entscheidet jeder Kanton selbst.

Die Regionalkonferenzen beraten die Geschäfte der Plenarkonferenz vor.

Die Angleichung der Schulgesetzgebungen im Sinne von Artikel 2 wird etappenweise vollzogen.

Die Konkordatskantone verpflichten sich:

a) in einem Zeitraum von 6 Jahren das Schuleintrittsalter im Sinne von Artikel 2a festzulegen;

b) die Schulpflicht in einer angemessenen Zeitspanne auf 9 Jahre auszudehnen. Die Kantone mit 7jähriger Schulpflicht können dies in zwei Etappen verwirklichen.

Die Festsetzung des Schuljahresbeginns im Sinne von Artikel 2d soll grundsätzlich auf den Beginn des Schuljahres 1973/74 erfolgen.

Der Vorstand der EDK hofft, daß bis zum Monat Mai das Konkordat in Kraft steht und daß bis zum Herbst zwei Drittel oder sogar drei Viertel aller Kantone dasselbe ratifiziert haben werden.

Wertvolle Tagung der Innerschweizer Erziehungsdirektoren

Die Konferenz der Innerschweizer Erziehungsdirektoren behandelte an der Sitzung vom 7. Januar 1971 verschiedene aktuelle Fragen der Schulkoordination im Rahmen der Innerschweiz.